



## Niederschrift

61. Plenarsitzung des Gemeinderates  
26. Februar 2019, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

21.

### **Punkt 20 der Tagesordnung: Bebauungspläne der Siemens-Siedlung („Binsenschlauch Teil 1 und 2“) in der Nordweststadt**

**Antrag: KULT**

**Vorlage: 2019/0062**

#### **Beschluss:**

Verwiesen in den zuständigen Ausschuss

#### **Abstimmungsergebnis:**

keine Abstimmung

**Die Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 20 zur Behandlung auf.

**Stadtrat Haug (KULT):** Die KULT-Fraktion hat diesen Antrag gestellt, um Klarheit über den Bereich der Siemens-Siedlung zu bekommen. Der vorliegende Bebauungsplan und die Antwort der Verwaltung auf den SPD-Antrag von 2009 deuten in Richtung unserer Intention. Aber aus Sicht meiner Fraktion sind noch Fragen offen, die eine Präzisierung erfordern, zumal die in einer Bürgerinformation im Dezember dargestellte Quartiersumgestaltung nach Ansicht der KULT-Fraktion den Vorgaben der bestehenden Bebauungspläne widersprechen. Für uns ist klar, die Siedlungsstruktur und vor allem die Freiflächen der Siemens-Siedlung müssen erhalten bleiben. Hier sehen wir uns im Einklang mit dem Rahmenplan der Nordweststadt, der von einer ich zitiere: „behutsamen und verträglichen qualifizierten Innenverdichtung“ verspricht. Und weiter wird dort festgehalten, dass der Charakter der Siedlung beibehalten werden soll. Aber anders als der Rahmenplan, sehen wir hier keine großflächigen Innenentwicklungspotenziale. Die im Rahmenplan in der Siedlung angedachten Maßnahmen haben wir bereits in der Gemeinderatssitzung zum Rahmenplan am 24. April 2018 als Negativbeispiel herausgegriffen, Zitat: „die bauliche Fassung, greift in alte Baubestände ein und reduziert die offenen Grünflächen zur Hertzstraße.“ Diese Offenheit macht aber für uns den Charakter der Siedlung aus. Warum sehen wir das so? Die Nordweststadt ist als Musterstadtteil für meine grüne Stadt vorgesehen, gerade im Hinblick auf das Klima sowie die dortige Flora und Fauna, die die Struktur der Siedlung prägt, soll-

ten wir mit der Beanspruchung der freien Fläche behutsam umgehen. Wesentlicher Bestandteil der Grünentwicklung ist der Nord-Süd-Grünzug entlang der Hertzstraße. Für uns gehört die Siemens-Siedlung dazu. Sie mögen es kaum glauben, aber auf einer privaten Grünfläche wurde bereits ein Feldhase gesichtet. In Ihrer Antwort schreiben Sie, dass die bestehenden Bebauungspläne rechtsgültig sind und dass neues Planungsrecht erforderlich wird, wenn von der vorhandenen Baustruktur abgewichen wird. Ist es richtig, dass die derzeitigen Überlegungen der Volkswohnung aufgrund der bestehenden Bebauungsplanung nicht umsetzbar sind, auch nicht als Vorhaben im Rahmen des § 34 Baugesetzbuch, und zwar sowohl für zusätzliche Neubauten als auch für die Aufstockung? Gilt das dann auch für den Bestand südlich der Landauer Straße? Apropos Aufstockung, ist dies bei der vorhandenen Bausubstanz möglich oder sollte man um der Transparenz willen nicht gleich von einem Ersatzneubau sprechen? Wir bitten um Klärung dieser Fragen und eine vertiefte Diskussion im zuständigen Ausschuss.

**Stadtrat Brenk (CDU):** Die CDU-Fraktion schließt sich grundsätzlich der Vorlage der Verwaltung an, aber liebe KULT-Fraktion, erlauben Sie uns doch ein paar Anmerkungen dazu, was dieser Antrag soll. Wir reden seit Jahren in allen Ausschüssen darüber, dass wir mehr Wohnraum in Karlsruhe brauchen, und jetzt stellen wir Anträge, um weniger Wohnraum zu entwickeln. Der Binsenschlauch und die Siemens-Anlage müssen modernisiert werden, und dort kann Wohnraum geschaffen werden. Ist die KULT-Fraktion, wenn wir über mehr Wohnraum in Karlsruhe reden, nicht anwesend? Ich glaube nicht, Ihr seid dabei. Aber wir können nicht in unserer Stadt einzelne Empfindlichkeiten von Bürgern berücksichtigen, wenn Bürger jetzt an Sie herantreten, warum weshalb auch immer. Bestimmen jetzt schon die Mieter, was die Bauherren bauen wollen und wie sie bauen wollen? Bringt doch die KULT-Fraktion vernünftige Vorschläge ein, wie sie bezahlbaren Wohnraum schaffen kann. Der Rahmenplan der Nordweststadt hat eindeutig gezeigt, dass Entwicklungspotenzial in diesen Siedlungsgebieten für die Volkswohnung zur Verfügung steht. Warum sollen wir dieses Entwicklungspotenzial für die Zukunft nicht nutzen? Gerade die Siemenssiedlung und der Binsenschlauch sind dazu geeignet, weiteren Wohnraum zu schaffen. Natürlich sind wir mit einem bei euch, es ist eine maßvolle Entwicklung, aber auch dort gibt es nicht, wie Sie es sagen, nur zwei Stockwerke, sondern es sind vier und mehr Stockwerke möglich. Dann hat die Volkswohnung im Dezember die Bürger vom Binsenschlauch miteinbezogen, sie bestimmt mit ihnen die Zukunft des neuen Baugebietes. Unseres Erachtens ist die Volkswohnung mit dieser Maßnahme auf dem richtigen Weg.

**Stadtrat Dr. Fechner (SPD):** Der Wert des Freiraums allgemein und speziell in der Nordweststadt ist sicherlich unstrittig. Im Gegensatz zur Ansicht des Kollegen Brenk denke ich, geht es nicht um Befindlichkeiten von Einzelnen, sondern um Ängste von Menschen, die in dem Fall der Nordweststadt in der Siemenssiedlung ihre Heimat gefunden haben und sich vor Veränderung fürchten. Menschen wollen keine Veränderung und zu Zeiten der Globalisierung weniger denn je. Der Antrag der KULT-Fraktion ist aus unserer Sicht in letzter Konsequenz zu kurz gegriffen oder trifft vielleicht auch nicht den Nagel auf den Kopf. Ich möchte gerne ein bisschen in die Historie gehen. Wenn wir zurückblicken, gab es einen Rahmenplan, der letztendlich für den Stadtteil eine große Chance bietet und Potenziale aufzeigt. Und, was ist passiert? In diesem Rahmenplan wurden Entwicklungspotenziale im Bereich der Siemenssiedlung und Bebensiedlung aufgezeigt, und was dann passiert ist, der Kollege ist heute nicht anwesend, der Kollege Schmitt hat letztendlich auf eine populistische Art mit Halbwahrheiten Ängste geschürt und im Stadtteil für Unruhe gesorgt. In dieser Folge sind die Ängste und Sorgen dieser Menschen nicht kleiner, sondern größer ge-

worden. Dann gab es den Versuch vonseiten der Volkswohnung und der Verwaltung, den Geist, der aus der Flasche gelassen wurde, wieder einzufangen. Es gab Infoveranstaltungen, die, soweit ich sie verfolgt und begleitet habe, sehr konstruktiv waren, bei denen letztendlich die Bürgerinnen und Bürger und Mieterinnen und Mieter die Chance hatten, ihre Anliegen zu äußern. Der Antrag, wie er jetzt gestellt wird, nimmt aus meiner Sicht keine Ängste, vielmehr streut er den Menschen Sand in die Augen. In letzter Konsequenz bedarf es eigentlich einer Siedlungssatzung, wenn man sagt, man will den Status Quo fest zementieren. Ein Bebauungsplan kann jederzeit verändert werden, und das muss auch so ausgesprochen werden. Es ist ein offener Prozess, das wurde auch bei den Infoveranstaltungen im Dezember immer wieder gesagt, und in diesem Prozess wird man jedes Bauvorhaben oder Projekt einzeln verfolgen.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Die Nordweststadt in ihrer jetzigen Struktur bekommt einen Siedlungscharakter, eine Siedlungssatzung, es werden gewisse Dinge festgeschrieben, und auch da wird es Menschen geben, die mit diesen Entwicklungen unzufrieden sind. Aber aus meiner Sicht und der meiner Fraktion, steht die Nordweststadt nur exemplarisch. Man könnte gleichermaßen auf die Waldstadt verweisen oder auf andere Bauvorhaben. Nach meiner Wahrnehmung verlieren wir momentan die Dialogfähigkeit in dieser Stadt. Es werden Ängste geschürt, Menschen versuchen in ihrer Angst nach außen zu gehen. Ich würde es letztendlich nicht anders machen, sei es in Form von Demonstrationen, wie wir sie auch schon hier hatten. Da hat ein Pressevertreter auch in seiner Stellungnahme zum Fasanengarten recht, wer hinreichend PS auf die Straße bringt, wird auch angehört. Im Zweifelsfall wird es so sein, dass aus diesem Gremium irgendeiner oder irgendeine aufstehen und sich diesem Thema, letztendlich aus Eigeninteresse, vermutlich auch mehr denn je in Zeiten der Kommunalwahl, annehmen wird, aber wir verlieren als solches die Dialogfähigkeit. Auf der einen Seite prangern wir an, dass Populismus zunehmend Raum gewinnt, fördern aber umgekehrt genau diesen Populismus durch eine solche Haltung. Grundsätzlich sollen wir die Ängste ernst nehmen, und es geht wie schon gesagt nicht um Befindlichkeiten, es bedarf eines Maßes und vor allem einer Dialogfähigkeit. Wir müssen da zu unserer Sicht endlich wieder zurückkehren. In diesem Sinne, gehen wir davon aus, dass dieser Antrag in den zuständigen Ausschüssen weiter verfolgt wird, auch im Zusammenhang der Rahmenplanung oder sonstigen Bauvorhaben, die in der Südweststadt oder auch in anderen Stadtteilen dieser Stadt im Hinblick auf den Wohnungsbedarf und auf die Wohnungsnot notwendig sein wird.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Wir danken der KULT für den Antrag, auch wenn wir nicht alle ihre Anliegen teilen. Die Gesamtangelegenheit ist kompliziert. Durchaus berechnete Sorgen treiben die Mieterinnen und Mieter dort um. Viele Menschen leben seit fünfzig Jahren dort, für sie wäre es sehr schlimm, nach erfolgter Sanierung ausziehen. Eine Sorge, die durchaus berechnungsfähig ist, wenn Personen nach Sanierung keinen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, dann heißt es ganz konkret Auszug.

(Unruhe)

**Der Vorsitzende:** Jetzt lassen Sie den Kollegen reden, wir verweisen es sowieso in den Ausschuss.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Die Volkswohnung wird Mittel nach Landesraumförderungsprogramm beantragen und dann brauchen die Leute einen Wohnberechtigungsschein, das

wurde auch so in der Volkswohnung gesagt. Daher sollte die Volkswohnung alles in ihrer Macht stehende tun, um soziale Härten zu vermeiden und das Weiterwohnen in der Siedlung zu ermöglichen. Auch wir wollen diesen Siedlungscharakter der Siemenssiedlung nicht nachteilig verändern. Lassen Sie uns daher gemeinsam die Siemenssiedlung zu einer ökologischen und sozialen Mustersiedlung weiter entwickeln. Hier ergibt sich eine Chance, die wir gerne ergreifen wollen, und die Chancen hierfür stehen gut, weil die Planungshoheit bei der Volkswohnung liegt, also zu hundert Prozent im Verantwortungsbereich der Stadt Karlsruhe.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Redakteur Theo Westermann schreibt in den BNN vom 20. Februar 2019 in einem großen Artikel über die Siemenssiedlung, und ich zitiere: „Die Debatte um mögliche Nachverdichtungen im Stadtgebiet geht ungebremst weiter.“ Das ist absolut korrekt, und die BNN fördert diese Debatte sehr aktiv. Nachverdichtung ist wahrscheinlich das Wahlkampfthema Nummer eins, und das ist eigentlich nicht schlecht. Der KULT-Antrag ist ein Teil dieser Debatte und auch ein Teil dieses Wahlkampfes. Der gleiche Redakteur Westermann hat in einem Leitartikel der BNN vom 23. Januar 2019 unseren Kollegen, Herrn Lüppo Cramer, zu etwas wie „der bekannte einsame Rufer in der Wüste in der Nachverdichtungsdebatte“ genannt. Wir alle anderen sind, und ich zitiere: „Einheitsfront-ähnliche Stadträte“, und wir leiden unter einem Irrtum, ohne zu erkennen, dass Wachstum endlich ist. Diese Theo-Westermann-Realität sehen wir erst ein, und ich zitiere: „Wenn genug Truppen zum Protest gegen eine Bebauung organisiert werden.“ Die Siemenssiedlung, aber auch die Waldstadt und viele andere Stadtteile sind gute Beispiele, wie schwierig die Aufgabe Nachverdichtung eigentlich ist.

Wir teilen wahrscheinlich alle die Meinung, dass Karlsruhe mehr bezahlbare Wohnungen braucht. Wir wollen bestimmt auch alle langfristig ökologische und zukunftsfähige Quartiere entwickeln. Wir wollen die Bürger sehr gerne und sehr aktiv in diesen Prozess involvieren, aber wann und wie bringen wir gerade diese Bürgerbeteiligung auf einen sinnvollen Weg? Die Verwaltung schreibt, und ich zitiere: „dass die Informationsveranstaltung der Volkswohnung, Workshop-Charakter hatte. Die Mieter konnten ihre Ideen für zukunftsfähige Entwicklung in der Siedlung einbringen.“ Keine konkreten Pläne, ein Workshop. Trotzdem haben wir heute einen Antrag von KULT, wir haben eine Protestdemonstration vor dem Rathaus erwartet und letzte Woche eine halbe Seite in den BNN. Die Volkswohnung wird zu Recht korrekt zitiert, wir sind aber noch weit weg von irgendwelchen Beschlüssen. Aber diese Konstatierung von der Volkswohnung ertrinkt nahezu, in sowohl dem großen Artikel als auch in dem heutigen KULT-Antrag. Ich denke, dass wir im Planungsausschuss sehr gerne in einer öffentlichen Sitzung, in der auch die Presse teilnehmen kann, wieder über die meist sinnvolle Bürgerbeteiligung in der Frage der Nachverdichtung diskutieren müssen. KULT ist kein einsamer Rufer, wir alle achtundvierzig Stadträte bemühen uns, in offenen Gesprächen mit den Bürgern, bezahlbare Wohnungen zu schaffen und attraktive zukunftsfähige Quartiere zu entwickeln. Mit absoluten Respekt für ehrliche Ängste und Kritik, aber ohne Respekt für eine ganz automatische populistische „not in my backyard“-Haltung.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir von der AfD haben den Prozess, den die KULT jetzt durchgemacht hat, schon vorher durchgemacht, als wir gesagt haben, dass wir die Nachverdichtung kritisch sehen. Das war bei uns auch nicht immer so, es war auch ein Lernprozess. Es ist aber so, dass Leute in ein bestimmtes Wohngebiet ziehen, weil es ihnen dort gefällt, und sie wollen dort wohnen bleiben. Die Leute wollen einfach nicht, dass sich dort

etwas verändert, weil sie es sich mal so ausgesucht haben. Das ist eine Binsenwahrheit, und die trifft eigentlich auf jeden zu, der irgendwo wohnt. Er wohnt dort, weil es ihm gefällt, und es ist ganz normal, dass er sich nicht freut, wenn es Bemühungen gibt, dieses Wohnumfeld zu ändern. Natürlich brauchen wir mehr Wohnraum, das ist schon klar, aber man muss es eben so machen, dass die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen berücksichtigt werden. In dem Zusammenhang möchte ich Herrn Borner für seinen offenen Beitrag danken, weil er diese eine Angst, dass man hinterher gar nicht mehr da wohnen darf, offen thematisiert hat. Wir brauchen diese Art offener Diskussion. Ich danke auch dem Kollegen Haug für seinen Beitrag und für diesen Antrag, der aus unserer Sicht logisch und verständlich ist. Wir werden ihn, auch wenn das sicher nicht vom Antragsteller beabsichtigt war, unterstützen.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Sehr geehrter Herr Borner und Herr Fechler, Ihr könnt bitte nachher weiter machen. Ich weiß natürlich um welche Diskussion es geht, denn wir Stadträte und Vertreter der Parteien, der Organisationen, der Freien Wähler oder sonstigen Gruppierungen, haben in den letzten Wochen und Monaten, und Dr. Fechler hat es auch angesprochen, von Anwohnern der Nordweststadt und anderen Stadtteilen, Post, Anrufe und sonstige Kritik bekommen, für diese ständige gebetsmühlenartige Handhabung. Wir brauchen Wohnraum, und er muss bezahlbar sein. Die Ängste, die durch diese Veränderungen und den Verlust der Lebensqualität entstehen, die schlagen jetzt zurück. Wir alle haben erkannt, dass wir etwas tun müssen. Wir können nicht sagen, dass wir gar nichts tun. Wir merken aber, dass die Stimmung sich gewaltig gedreht hat.

Jetzt zu dem Antrag, ich möchte gar nicht genauer ausführen, weil ich keinen idealen Weg habe, und auch nicht weiß, wie es gehen soll. Sollen wir lieber an die Stadtränder bauen? In Fachkreisen heißt es, dass die Stadt nach außen wachsen muss. Ich weiß es nicht und will es nicht propagieren, ich habe keine Ahnung und möchte zu dem Antrag zurückkommen. Ich denke, die KULT ist ganz bewusst auf die Siedlungsstruktur und diese Einmaligkeit der Siemenssiedlung eingegangen, weil sie einen besonderen Charakter und ein Alleinstellungsmerkmal hat. Auch wir sind von Anwohnern entsprechend kontaktiert worden, haben uns aber bisher zurückgehalten. Da aber dieser Antrag heute auf der Tagesordnung steht und ob man ihn jetzt wie einige Kollegen populistisch sehen möchte oder man vielleicht die Meinung vertritt, dass er richtig ist, ich bin der Meinung, der Antrag ist nicht falsch, er basiert auf Sorgen. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben gesagt, dass wir über dieses Thema in den Ausschüssen reden sollten, und ich glaube da gehört es auch hin, um die Wogen nicht unnötig in die Höhe zu schlagen.

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Man kann ja trefflich über den Antrag von KULT streiten und diskutieren, man kann völlig unterschiedlicher Auffassung sein, pro und kontra diskutieren und sich vor die Sorgen der Leute stellen, man kann den Leuten aber auch erklären, wo die Sorgen berechtigt sind und wo nicht. Was aber völlig unmöglich ist, dass hier Kollegen aus dem Aufsichtsrat Dinge behaupten, die schlicht und einfach nicht nur falsch sind, sondern die dem Ansehen der Volkswohnung schaden. Alle Kolleginnen und Kollegen, die hier im Raum sitzen, sind mal da vorne gestanden und haben die Verpflichtungsformel nachgesprochen und haben versprochen, Schaden von der Stadt Karlsruhe abzuwenden. Eine solche Diskussion, wenn man Leuten, die bei der Volkswohnung sicher wie in Abrahams Schoß wohnen, Angst macht und behauptet, sie würden nach einer Sanierung rausfliegen - wir haben in Grötzingen genau den gleichen Fall - ist unverantwortlich. Man fügt damit dieser Stadt Schaden zu. Ich habe es noch nie erlebt, und ich bin schon viele Jahre Auf-

sichtsrat der Volkswohnung, dass irgendjemand seine Wohnung gegen seinen Willen verlassen musste. Im Gegenteil, wir im Aufsichtsrat waren immer froh und auch ein bisschen stolz auf unsere Volkswohnung, dass sie es immer wieder geschafft hat, mit Sozialplänen und mit Unterstützung jeglicher Art, auch finanzieller Unterstützung, den Menschen zu helfen, sodass niemand obdachlos wurde. Es sei denn Herr Bürgermeister Lenz könnte etwas anderes behaupten, er ist ja für das Thema Obdachlosigkeit zuständig. Noch nie habe ich so etwas erlebt, deshalb finde ich so etwas fast schon böseartig gegenüber der Volkswohnung, der Stadt und dem Rest des Gemeinderates, hier Dinge zu behaupten, die schlicht und einfach nicht stimmen, die Leute aufhetzt und ihnen Angst macht. Völlig unabhängig vom Antrag der KULT-Fraktion, man kann darüber diskutieren, aber bitteschön ehrlich.

**Der Vorsitzende:** Ich würde den Vorschlag der Antragsteller gerne aufgreifen, ihn in den entsprechenden Ausschuss zu verweisen, wo Sie das dann miteinander austauschen können. Vielleicht eine kleine Anmerkung, ich glaube schon, dass man die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst nehmen muss, ich glaube aber auch, dass wir nicht alle Ängste ernst nehmen dürfen und wir uns nicht an denen orientieren sollten, irgendwo dazwischen müssen wir den Weg finden. Zu den Bedürfnissen der Bevölkerung gehört eben auch, dass man ein ausreichendes Einzelhandelsangebot hat, dass es keine leerstehenden Geschäfte um die Plätze gibt und keine Dickichte, an denen man sich unsicher fühlt. Das sind auch alles Rückmeldungen, die ich aus der Nordweststadt kenne. Ich glaube, der Weg ist richtig, wenn man auf der einen Seite mit allen redet, auf der anderen Seite aber auch über eine behutsame Nachverdichtung diskutiert. Übrigens sind es auch dieselben Leute, die für ihre Kinder Studi-Wohnungen und alles Mögliche haben wollen, das sind dann oft auch widersprüchliche Interessen. In dem Moment, wo es dann um das eigene Wohnumfeld geht, treten dann doch andere Interessen in den Vordergrund als die sonstige allgemeine Erwartung an die Stadt. Wenn man doch allen immer gerecht werden wollte, würde man am Ende überhaupt nichts mehr miteinander entwickelt bekommen. Insofern ist das Vorgehen richtig. Der Hinweis, dass die Volkswohnung in unserer Hand ist und wir das selbst mit dem Gemeinderat gestalten können, ist auch richtig. Die Verweise darauf, dass wir der Volkswohnung nicht unterstellen sollten, Menschen aus Wohnungen rauszuekeln, sind genauso richtig. Von daher bitte ich, das im Planungsausschuss oder Bauausschuss noch mal in Ruhe zu diskutieren.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Ich möchte noch mal ganz kurz auf die Reaktion von Herrn Pfalzgraf eingehen. Natürlich sage ich nicht, dass die Leute dann auf der Straße sind oder unter der Brücke schlafen müssen, denen wird dann ein adäquater Wohnraum angeboten, aber der wird wahrscheinlich nicht in der Siedlung sein.

**Der Vorsitzende:** Also wir haben es in Ihrer aller Einverständnis verwiesen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
3. April 2019